

KOSOVO

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In diesem Jahr feierte Kosovo den 15. Jahrestag seiner Unabhängigkeit, wird aber nach wie vor von seinem Nachbarn Serbien sowie fünf Staaten der Europäischen Union nicht als unabhängiger Staat anerkannt. Die umstrittene Staatlichkeit schwächt die Gesamtsituation des Landes, insbesondere im Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu Serbien. Der Dialog zwischen Kosovo und Serbien dominiert nach wie vor den Großteil der Politik und überschattet andere innenpolitische Themen. Die Regierung Albin Kurtis hat es sich zum Ziel gesetzt, die beiden Hauptprioritäten der ersten sozialdemokratischen Regierung in der Republik Kosovo auf Arbeitsplätze und Gerechtigkeit (»jobs & justice«) zu legen. Jedoch nahm seit dem Amtsantritt von Albin Kurti der Druck der internationalen Gemeinschaft auf seine Regierung zu, die Beziehungen zu Serbien zu normalisieren. Dies führte aufgrund von begrenzten Kapazitäten dazu, dass sich der innenpolitische Reformkurs stellenweise diplomatischen Initiativen unterordnen musste. Vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Kosovos von externen Geldgebern und deren Interessen, die in der Vergangenheit »erst die Stabilität, dann die Demokratie« forderten, hatten innenpolitische Themen wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Schaffung einer gerechteren Verteilung des (niedrigen) Wohlstands in den letzten 20 Jahren im Kosovo nie die höchste Priorität.

Nach einer innenpolitisch sehr dynamischen Zeit zwischen 2020 und 2021 (Misstrauensvotum Kurti I, Verfassungskrise, Wahl Kurti II) hat die nach den vorgezogenen Wahlen im Februar 2021 gebildete, reformorientierte Regierung von Albin Kurti und seiner sozialdemokratischen Partei (Vetëvendosje!, Selbstbestimmung!, VV) zur politischen und institutionellen Stabilität im Kosovo beigetragen. Das neue politische Umfeld hat die verstärkten Bemühungen Kosovos um die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung der Korruption und die Intensivierung der Gesetzge-

bungstätigkeit begünstigt. In diesem Zusammenhang wurden der Überprüfungsprozess und das Gesetz über die Einziehung illegaler Vermögenswerte unter der Kontrolle der Venedig-Kommission fast abgeschlossen, und zwar mit dem einzigen Ziel, ein effizientes, unparteiisches und faires System zu gewährleisten. Diese Reformen sind notwendig, um mangelndes Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zurückzugewinnen sowie die Effizienz und Integrität der kosovarischen Justiz zu verbessern. Diese wird oft als ineffizient, parteiisch und stark politisiert angesehen.

Die zweite Jahreshälfte 2022 und der Anfang 2023 waren von Instabilität und vermehrten Spannungen mit Serbien geprägt. Ausgehend von Reziprozitätsmaßnahmen der Kurti-Regierung, die Gegenseitigkeit bei der Freizügigkeit zwischen den beiden Ländern (wie im Brüsseler Abkommen über die Freizügigkeit vorgesehen) durchzusetzen und die von Serbien ausgegebenen Autokennzeichen für kosovarische Serben für illegal zu erklären, kam es zu hohen Spannungen im Norden Kosovos, der von mit mehrheitlich Kosovo-Serben bewohnten Gemeinden geprägt ist. Obschon die Spannungen durch Vermittlung durch die EU vorerst beigelegt wurden, bleibt die Sicherheitslage im Norden weiterhin angespannt, da sich die kosovarischen Serben nach der Verhaftung eines dort lebenden serbischen Kriminellen aus den kosovarischen Institutionen, einschließlich der Justiz, der Polizei und der politischen Institutionen, zurückzogen. Der Rücktritt der Bürgermeister der vier Gemeinden im Norden verstärkte das institutionelle Vakuum. Ursprünglich sollten die Posten in für Dezember 2022 angesetzten Wahlen neu besetzt werden, dies wurde jedoch auf internationale Vermittlung hin auf April 2023 verschoben. Die Wahlen, die am 22. April stattfanden, wurden von Anfang an von der Lista Serbska (einer vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić kontrollierten politischen Partei im Kosovo) und einige Tage vor den Wahlen von lokalen politischen Parteien boykottiert, obwohl sie zur Teilnahme an den Wahlen zugelassen waren.

Die internationalen Bemühungen, allen voran der von der EU vermittelte Dialogprozess des Sondergesandten Miroslav La-

jčák, halten weiter an, um den auf eine deutsch-französische Initiative zurückgehenden Vorschlag zur weitestgehenden Normalisierung der Beziehungen nach dem Modell des geteilten Deutschlands umzusetzen.

Kosovo ist nach wie vor durch eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem formalen Recht und seiner Umsetzung gekennzeichnet, die sich durch alle Bereiche der Politik zieht. Mangelnde Kapazitäten, trotz jahrelanger intensiver Unterstützung durch internationale Geber, sind eine unzureichende Erklärung. Vielmehr muss das Funktionieren informeller Strukturen (State Capture), oft verbunden mit Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption, als Ursache für die anhaltende Dysfunktionalität des öffentlichen Sektors ausgemacht werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Im Jahr 2022 erreichte das Wirtschaftswachstum im Kosovo 3,5 Prozent, gestützt auf Exporte und privaten Konsum. Der Konsum wurde durch einen Anstieg von Rücküberweisungen (6 Prozent), staatlichen Transfers (26,3 Prozent) und Krediten befördert. Wie die meisten seiner Nachbarn ist Kosovo mit einer hohen Verbraucherinflation konfrontiert, die nach Angaben der Weltbank im Juli einen Höchststand von 14,2 Prozent erreichte und bis Dezember über 11 Prozent lag, was den Jahresdurchschnitt auf 11,6 Prozent brachte.

Die Formalisierung des Arbeitsmarktes schreitet voran, hauptsächlich aufgrund einer Initiative der Regierung, die Formalisierung durch Subventionen zu fördern. Die Daten zu den Rentenbeiträgen zeigen, dass die formelle Beschäftigung im Vergleich zu 2021 um 4,9 Prozent gestiegen ist, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitssuchenden leicht zurückging: Im Dezember 2022 waren 80 700 Arbeitssuchende registriert, was einem Rückgang von 1,5 Prozent im Vergleich zu Dezember 2021 entspricht.

Auch die Armut ging weiter zurück und wird nach Angaben der Weltbank im Jahr 2023 voraussichtlich 23,4 Prozent erreichen. Die Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor wird voraussichtlich zum Konsumwachstum beitragen und die staatlichen Transferzahlungen an den privaten Verbrauch der letzten Jahre teilweise ausgleichen.

Der rechtliche Rahmen für Arbeitnehmer*innen im Kosovo ist auf dem Papier nicht schlecht. Die Verfassung, die Gesetze und die meisten strategischen Dokumente wurden von kompetenten ausländischen Berater*innen und Expert*innen beeinflusst, wenn nicht sogar vollständig verfasst. Das Problem liegt jedoch in der Umsetzung. Zwischen beiden klafft eine große Lücke, sodass der Rechtsrahmen EU-konform ist, die Umsetzung leider nicht.

Der Privatsektor wird von informeller Arbeit beherrscht, und nach Angaben der Weltbank zahlen nur etwa 30 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, was darauf hindeutet, dass es

keine ordnungsgemäßen Arbeitsverträge gibt. Die Arbeitsgesetzgebung ist klar, aber es gibt weniger als 50 Inspektor*innen für rund 20 000 Unternehmen, und Gewerkschaften oder Betriebsräte sind weitgehend abwesend. Trotz der Anwesenheit Tausender ausländischer Berater gibt es immer noch kein funktionierendes Gesundheitssystem, und das stark privatisierte Bildungssystem bringt jedes Jahr Tausende von Hochschulabsolvent*innen hervor, die es schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden, während die Berufsausbildung einem Scherbenhaufen gleicht, was zu einem Mangel an Arbeitskräften für nichtakademische Tätigkeiten führt, die verzweifelt gesucht oder aus dem Ausland eingeflogen werden.

In den letzten Jahren gab es eine positive Entwicklung im IT-Sektor und bei den Outsourcing-Dienstleistungen, was sich positiv auf die Gesamtbeschäftigungsquote junger Menschen und deren Arbeitsbedingungen ausgewirkt hat. Die meisten Outsourcing-Unternehmen arbeiten auf der Grundlage der Gesetzgebung ihrer Herkunftsländer (hauptsächlich Deutschland, USA und Schweiz) und setzen damit einen neuen Standard für die Umsetzung der Arbeitsrechte in der Praxis und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kosovo. Die leichte Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist aber auch eine Folge der Migration. Zwar liegt derzeit noch keine offizielle Zahl der Menschen vor, die Kosovo im Jahr 2022 verlassen haben, aber im Jahr 2021 sind mehr als 43 000 Menschen aus Kosovo nach Westeuropa ausgewandert, wodurch eine erhebliche Lücke zwischen den Bedürfnissen des Marktes und den Arbeitskräften entstanden ist. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist zu einem großen Problem für die lokalen Unternehmen und die kosovarische Wirtschaft geworden.

Entgegen den Erwartungen der sozialdemokratischen Regierung unter Albin Kurti, die ehrgeizige wirtschaftliche und soziale Reformen versprochen hatte, herrscht allgemein ein Gefühl der Enttäuschung über das Tempo der Reformen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Unmittelbar nach dem Krieg mit Serbien im Jahr 1999 haben die Gewerkschaften viel an Bedeutung verloren. Wirtschaftliche Veränderungen wie die Privatisierung führten dazu, dass die alten Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden konnten, sodass die Gewerkschaften heute fast ausschließlich im öffentlichen Sektor tätig sind. Dies hat in Verbindung mit einem hohen Maß an Klientelismus zu einer starken Orientierung der BSPK an Parteistrukturen geführt. Insgesamt ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, sich in einem sehr neoliberalen Umfeld zu unabhängigen Interessenvertretern zu entwickeln.

Tarifverträge gelten nur im öffentlichen Sektor, während sie im größten Teil des Privatsektors nicht einmal auf dem Papier existieren. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt nach wie vor 130 Euro, bzw. 170 Euro für ältere Arbeitnehmer*innen. Der neue Gesetzentwurf über den Mindestlohn, der eine Anhebung auf 250 Euro vorsieht, wird derzeit noch in der

kosovarischen Versammlung diskutiert. Es sei darauf hingewiesen, dass die meisten Gewerkschaften diese Initiative ablehnen und einen höheren Mindestlohn (über 400 Euro) fordern. Diese Bestimmung hat nichts mit den Lebenshaltungskosten zu tun, die in vielen Bereichen auf EU-Niveau liegen. Die Situation hat sich in den letzten beiden Jahren aufgrund der COVID-19-Pandemie, der Energiekrise und vor allem wegen der Preissteigerungen und der hohen Inflation 2022 verschlechtert. Infolgedessen ist die Gesellschaft auf zwei unsichere Faktoren angewiesen, um auch in Zukunft einen gewissen Lebensstandard halten zu können: regelmäßige Zahlungen aus der Diaspora und enge familiäre und soziale Netzwerke. Um die Krise für die Bürger zu lindern, hat die Regierung die Stromrechnungen subventioniert und außerdem finanzielle Unterstützung in Form von Konjunkturpaketen verteilt, vor allem für Angestellte des öffentlichen Sektors, Studenten und zur Förderung der Formalisierung der Informalität.

Im Kosovo entpuppt sich der von der EU so sehr geförderte dreigliedrige soziale Dialog als eine weitere Fassade, hinter der sich für die Arbeitnehmer*innen nichts verbirgt, weil es mehr Fototermine als ernsthafte Verhandlungen gibt. Die Gewerkschaftsseite ist sowohl unprofessionell als auch weitgehend von der Parteipolitik abhängig. Seit die Lehrer*innengewerkschaft dem Bund der unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo (Bashkimi I Sindikatave të Pavarura të Kosovës, BSPK) beigetreten ist, hat sie die vollständige politische Kontrolle über den 20 000 Mitglieder zählenden Verband und steht der PDK (Partia Demokratike e Kosovës, Demokratische Partei des Kosovo), die den Staat in den letzten 23 Jahren im Wesentlichen kontrolliert hat, sehr nahe. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres streikte der Verband mehrere Tage lang, um eine Gehaltserhöhung zu fordern, obwohl ein neues Gehaltsgesetz in Vorbereitung war. Auch dieser Streik diente eher dazu, sich gegen das zu wehren, was die Regierung Kurti vertritt, als das erklärte Ziel zu erreichen (programmatische Arbeit vs. Klientelismus).

Alles in allem gab es im Kosovo leider nur wenig gewerkschaftliche Aktivitäten, die die Situation der Arbeitnehmer*innen tatsächlich verändert haben. Stattdessen übernehmen einige Nichtregierungsorganisationen traditionelle Gewerkschaftsarbeit, wie etwa den Rechtsschutz. Die Ausichten auf eine Verbesserung sind eng mit denen für das Land insgesamt verknüpft. Solange Korruption und Klientelismus nicht deutlich eingedämmt werden, bleiben die heutigen Gewerkschaften ein stabilisierender Faktor für den Status quo. Von ihnen gehen keine wesentlichen Impulse für Veränderungen aus.

GEWERKSCHAFTEN IM KOSOVO – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Entwicklung der Gewerkschaften im Kosovo unterscheidet sich stark von der in den Nachbarländern. Ursprünglich waren die Arbeitnehmer*innen im Kosovo im jugoslawischen Gewerkschaftsbund organisiert. Diese gewerkschaftliche Einheit zerfiel jedoch wie Jugoslawien selbst. In den 1980er Jahren kam es zu immer blutigeren Konflikten zwischen Serbien und dem Kosovo, da sich die albanischsprachige Mehrheit (damals über 80 Prozent) zunehmend unterdrückt fühlte.

Der Bund der unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo (BSPK), wurde 1990 als Gegenorganisation zur serbischen Repression gegründet. Er verstand sich als starker Teil des Kampfes für die Unabhängigkeit des Kosovo. Damals war sie mit der Demokratischen Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK) und ihrem charismatischen Anführer Ibrahim Rugova verbündet. Der erste Vorsitzende des BSPK, Prof. Hajrullah Gorani, vertrat zusammen mit Rugova das Konzept des friedlichen Widerstands und der Entwicklung einer (albanischen) Parallelgesellschaft mit eigenen politischen und sozialen Strukturen. An der Verwirklichung dieses Konzepts war auch der BSPK beteiligt. Aufgrund dieser Aktivitäten war der BSPK auch Opfer serbischer Repressionen, wie ständige Durchsuchungen seiner Büros usw.

Zu Beginn hatte der BSPK 127 800 Mitglieder, die in 18 unabhängigen Gewerkschaften oder Verbänden aus verschiedenen Branchen organisiert waren. Er diente als gemeinsame Plattform für die Gewerkschaften, um für die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu kämpfen und ihre Interessen zu vertreten. Der BSPK unterstützte auch entlassene Arbeitnehmer*innen (die Anfang der 1990er Jahre vom Staatsapparat willkürlich entlassen wurden), indem er ihnen bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen half und deren Familien sowie denjenigen, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befanden, finanzielle Unterstützung zukommen ließ. Gleichzeitig wurden engere Kontakte zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen wie dem IGB und dem EGB geknüpft.

Obwohl sich die Gewerkschaften im Kosovo seit den 1990er Jahren etabliert haben, haben sie sich noch nicht als Zentrum für den Schutz der Arbeitnehmer*innenrechte oder als Partner im Arbeitssystem konsolidiert. Angesichts der ständigen Herausforderungen und Entwicklungen im Laufe der Jahre besteht kein Zweifel, dass die Gewerkschaften einer grundlegenden Reform bedürfen.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände im Kosovo

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Bashkimi I Sindikatave të Pavarura të Kosovës, BSPK (Bund der unabhängigen Gewerkschaften des Kosovo)	Vorsitz: Atdhe Hykolli	ca. 40 000	IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften im Kosovo

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindikata e Bashkuar e Arsimit, Shkencës dhe Kulturës, SBASHK (Gewerkschaft Erziehung, Wissenschaft und Kultur)	BSPK	Vorsitz: Rrahman Jashari Stv. Vorsitz: Vjollca Shala	26 000	EI, ETUCE
Federata e Sindikatave të Shëndetësisë së Kosovës, FSSHK (Föderation der Gesundheitsgewerkschaften)	–	Vorsitz: Tevide Imeri Stv. Vorsitz: Xhemajl Selmani, Blerim Delija	10 000	EPSU
Sindikata e Policisë së Kosovës, SPPK (Polizeigewerkschaft)	BSPK	Vorsitz: Imer Zeqiri	5 000	EUROCOP, CESP

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Im Kosovo gibt es nur einen relevanten Gewerkschaftsbund, den BSPK. Er hat keinen Beobachterstatus im EGB, ist aber Mitglied des IGB (mit 40 000 Mitgliedern).

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Im öffentlichen Sektor spielen die Gewerkschaften eine Rolle, und die Situation der dort Beschäftigten ist im Vergleich zum privaten Sektor (aber auch im Vergleich zu den Nachbarländern) relativ gut, was zum Teil auf ihre starke politische Zugehörigkeit zurückzuführen ist. In der Privatwirtschaft hingegen haben die Gewerkschaften nur wenig Einfluss. Im größten Wachstumssektor, dem Baugewerbe, ereignen sich täglich Unfälle, oft mit tödlichen Folgen. Dies wird jedoch nicht von Gewerkschaften adressiert. Stattdessen sind es zivilgesellschaftliche Organisationen, die versuchen, gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.

Ausländische Unternehmen investieren im Kosovo vor allem wegen der niedrigen Löhne und des relativ gewerkschaftsfreien Umfelds. Eine besondere Sorgfalts-Funktion gegenüber ihren Arbeitnehmer*innen nehmen sie in der Regel (Ausnahmen bestätigen diese) nicht wahr.

Da 99 Prozent der lokalen Wirtschaft aus Klein- und Kleinstunternehmen besteht, von denen viele familiengeführt sind, kann man davon ausgehen, dass diese nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Ungeachtet dessen ist der rechtliche Rahmen für Arbeitsbedingungen und für die Gewerkschaften im Kosovo eigentlich recht gut. Es gibt nur wenige Beschränkungen der Versammlungs- und Assoziationsfreiheit und der Streikrechte, allerdings füllen die Gewerkschaften diesen Rechtsrahmen in ihren Aufgaben nicht aus. Der soziale Dialog auf nationaler Ebene besteht nur aus einer Reihe von Bildern und öffentlicher Sichtbarkeit. Über gewerkschaftliche Aktivitäten auf lokaler Ebene oder im privaten Sektor ist wenig bekannt. Obwohl die ILO im Kosovo aktiv

ist, ist das Land kein Mitglied (die ILO arbeitet dort im Rahmen des Kosovo-Teams der Vereinten Nationen, UNKT).

Die Gewerkschaften handeln auf nationaler Ebene Tarifverträge aus, aber sie sind in der Regel nur im öffentlichen Sektor wirksam. In der Privatwirtschaft gibt es fast keine Gewerkschaften, sodass die staatliche Aufsichtsbehörde die einzige Stelle ist, die für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zuständig ist. Derzeit stehen weniger als 50 Inspektor*innen für die Überwachung von rund 20 000 Unternehmen zur Verfügung, was eine Farce ist, vor allem angesichts der großen Bedeutung der Korruption in diesem Bereich. Trotz des jährlichen Arbeitsplans der Regierung, die Zahl der Arbeitsinspektor*innen zu erhöhen, hat dieser Prozess noch nicht einmal begonnen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die meisten Gewerkschaften sind finanziell nicht in der Lage, neue Mitglieder durch traditionelle gewerkschaftliche Dienstleistungen und Schutzmaßnahmen zu unterstützen, zu vertreten oder gar zu werben. Es fehlt an Ressourcen und Fachwissen sowie an Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Ausnahme bildet die Lehrer*innengewerkschaft SBASHK (Sindikata e Bashkuar e Arsimit, Shkencës dhe Kulturës, Union für Bildung, Wissenschaft und Kultur). Während der kurzen Regierungszeit von Avdullah Hoti im Jahr 2020 »verhandelte« sie während der Pandemie Gehaltserhöhungen für Lehrer*innen im öffentlichen Sektor. Dies war jedoch weniger auf die traditionelle Gewerkschaftsarbeit zurückzuführen als auf ihre Parteinähe zur PDK. Die PDK hat die Regierung Hoti politisch unterstützt. Die Zugehörigkeit zur PDK erklärt sowohl die spezifische Gehaltserhöhung für Lehrer*innen im Jahr 2020 inmitten einer Gesundheits- und Wirtschaftskrise als auch den auffälligen Unterschied zwischen den Gehältern im öffentlichen Sektor und dem Durchschnittslohn in der Privatwirtschaft. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die SBASHK die Mitbestimmung über die Arbeitsbedingungen nicht als Teil ihrer Aufgabe betrachtet. Ihr Engagement während

der Coronavirus-Pandemie, die wiederholt eine öffentliche Debatte über die hygienischen und sozialen Bedingungen an den Schulen im Kosovo auslöste, beschränkte sich auf Lohnverhandlungen in Form einer »Gefahrenzulage«.

In den Unternehmen gibt es keine wirksame Interessenvertretung. In der Privatwirtschaft sind Arbeitnehmer*innen, die versuchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Repressionen seitens des Unternehmens ausgesetzt. Selbst im Rahmen des sozialen Dialogs (Wirtschafts- und Sozialkommission) sind die Arbeitnehmer*innen in der Privatwirtschaft de facto nicht vertreten. Die Sozialpartner sind mit jeweils fünf Mitgliedern vertreten, während die Regierung durch die Ministerien für Finanzen, Handel und Industrie, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit vertreten ist. Der Gewerkschaftsbund BSPK hat bisher alle fünf Sitze in der Wirtschafts- und Sozialkommission erhalten, mit stillschweigender Zustimmung der früheren Regierungen. Dies hat zur Folge, dass die betreffenden Branchengewerkschaften des öffentlichen Sektors vom dreigliedrigen sozialen Dialog ausgeschlossen sind, obwohl ihre Arbeitgeber auf Ministeriebene vertreten sind. Darüber gibt es seit dem Amtsantritt der Regierung von Albin Kurti einen politischen Streit, da Kurti nicht allein mit dem BSPK verhandeln will.

Im vergangenen Frühjahr kam es zu einer Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung im Kosovo. Hunderte von Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die im BSPK organisiert sind, protestierten am 8. April und forderten Lohnerhöhungen und Hilfe bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise des Landes.

Im Anschluss an die Proteste richteten die Gewerkschaften eine Reihe von Anfragen und Briefen an die Regierung, um ein Treffen zu vereinbaren. Im Hinblick auf die Parteinähe der Gewerkschaften reagierte Premierminister Albin Kurti nicht und schließlich kam es zu einem Generalstreik, als der BSPK am 25. August ankündigte, dass die öffentliche Verwaltung und der Bildungssektor bestreikt werden würden. Der Streik im Bildungssektor erregte besondere Aufmerksamkeit, da die Streikenden einen Monat lang den Unterricht boykottierten, um Lohnerhöhungen zu fordern.

Der Unwillen der Kurti-Regierung, auf die Forderungen der BSPK einzugehen, wurde als Versuch angesehen, die Gewerkschaftsfreiheit zu behindern. Im Gegenzug wurde im Laufe des fünfwöchigen Streiks eine breite öffentliche Debatte geführt, inwiefern die Entschlossenheit und mangelnde Kompromissbereitschaft der Gewerkschaften weniger durch Interessensvertretung der Arbeitnehmer*innen, sondern mehr parteipolitisch motiviert sei.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaften spielen in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung eine untergeordnete Rolle, wenn sie überhaupt daran interessiert sind. Ihr Hauptanliegen sind Lohnkonflikte. In diesem Zusammenhang haben sich die Gewerkschaften zusammengesetzt, um gegen das neue Gesetz über die Gehälter

im öffentlichen Sektor zu kämpfen, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde.

Das politische Gewicht der Gewerkschaften hängt im Wesentlichen von ihrer Parteizugehörigkeit ab. Es ist nicht durch Präsenz, Kompetenz oder den Willen zur Erneuerung gekennzeichnet. Die Mitgliederzahlen sind rückläufig, bleiben aber im öffentlichen Dienst stabil. Das Ansehen in der Bevölkerung ist äußerst gering.

Wie oben beschrieben, haben die Gewerkschaften keinen Willen gezeigt, sich zu erneuern, was absolut notwendig ist, um als Gegengewicht und Schutzfaktor in der extrem neoliberalen Wirtschaftsstruktur zu wirken. Zu den größten Herausforderungen gehören die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, die soziale Sicherheit, die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. All diese Themen stehen jedoch nicht auf der Prioritätenliste der Gewerkschaften. Die internationale Vernetzung des BSPK und seiner Gewerkschaften beschränkt sich auf die Teilnahme ihrer führenden Vertreter an internationalen Konferenzen. Umgekehrt gibt es im Kosovo so gut wie keine Präsenz internationaler Gewerkschaften.

Die Interessen der Arbeitnehmer*innen im weiteren Sinne werden heute teilweise von Nichtregierungsorganisationen im privaten Sektor vertreten. Das liegt auch daran, dass Kosovo, das weltweit die meiste Hilfe pro Kopf der Bevölkerung erhält, eine extrem gute Geberlage hat. Infolgedessen sind die NGOs oft in der Lage, einzelne Arbeitsfragen im Rahmen von Projekten (Finanzierungsmöglichkeiten durch eine Vielzahl ausländischer Organisationen) zu behandeln und zu bearbeiten, wie z. B. den Rechtsschutz.

René Schlee, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kosovo, Prishtina

Egzon Osmani, Programmkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung im Kosovo, Prishtina

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.